

Laibacher Zeitung.

Nr. 29.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus ganzj. 60 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 6. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2mal 80 fr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 fr.

1869.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Februar d. J. den Ministerialsecretär im Ministerium des Innern Maximilian Kurzbeck zum Statthalterrathe zweiter Classe bei der böhmischen Statthalterei allergnädigst zu ernennen geruht.
Giskra m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 1. Februar d. J. den galizischen Bezirkshauptmann Anton Stanowski und den mit dem Titel und Charakter eines Ministerialsecretärs bekleideten tirolischen Bezirksvorsteher Dr. Johann Masdoner zu Ministerialsecretären erster Classe, den mit dem Titel und Charakter eines Ministerialsecretärs ausgezeichneten Ministerialconzipisten Georg Freiherrn Haller v. Hallerstein mit Vorbehalt des von ihm bereits bekleideten höheren Dienstcharakters, den Ministerialconzipisten Adolf Eisenreich, den böhmischen Statthaltersecretär Hugo Cron und die Ministerialconzipisten Wilhelm Roder und Dr. Victor Pozzi zu Ministerialsecretären zweiter Classe im Ministerium des Innern allergnädigst zu ernennen, dann dem Ministerialconzipisten Vincenz Göhlert und dem im Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Comitatscommissär Emil Maczak v. Ottenburg den Titel eines Ministerialsecretärs mit Rücksicht der Taugen zu verleihen geruht.
Giskra m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. Jänner d. J. den Professor an der k. k. orientalischen Academie in Wien, Franz Plechäseck, unter Belassung des Lehramtes an dieser Academie, auch zum Professor der türkischen Sprache in den externen Curse der genannten Lehranstalt allergnädigst zu ernennen geruht. (Wiederholt wegen unrichtigen Abdruckes.)
Hafner m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 25. Jänner d. J. den ordentlichen Professor der chemischen Technologie am k. k. polytechnischen Institute in Wien Dr. Heinrich Glasiewicz zum ordentlichen Professor der allgemeinen Chemie an dieser Lehranstalt allergnädigst zu ernennen und die hiedurch erledigte ordentliche Lehrkanzel der chemischen Technologie anorganischer Verbindungen dem Privatdocenten am k. k. polytechnischen Institute und Professor an der Wiener Handelsacademie Dr. Alexander Bauer allergnädigst zu verleihen geruht.
Hafner m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Oesterreich im Frühjahr 1869.

Die Gemeinsamkeit Oesterreichs mit einer „Reichshälfte“, welche bereits seit Jahrhunderten constitutionelle Einrichtungen hatte und dadurch von dem constitutionellen Geiste bis in die tiefsten Schichten der Bevölkerung durchdrungen ist, bringt es wahrscheinlich mit sich, daß auch in Cisleithanien, welches eben erst dem Absolutismus sich entwandten hat, constitutionelle Erscheinungen hervortreten, wie in keinem anderen Lande des Continents, welches schon länger mit Verfassungsurkunden bedacht ist. So sehen wir, daß unsere Regierung viel mehr als die anderer continentalen Staaten unablässig bemüht ist, im Einklange mit der Bevölkerung zu bleiben, das Publicum über die Regierungshandlungen aufzuklären und zwischen sich und einem brutalen Anwurf den Schutzraum einer gefunden öffentlichen Meinung zu errichten. So mag es der Leitung der Staatsgeschäfte angemessen erscheinen, über den Stand derselben ebenfalls einen Jahresbericht zu veröffentlichen, wie das von den Directionen der volkswirtschaftlichen Unternehmungen alljährlich geschieht. Als ein solcher Rechenschaftsbericht erscheint uns wenigstens eine solche unter der obigen Ueberschrift in Prag erschienene Broschüre.

Dieselbe behandelt die inneren und äußeren Verhältnisse, und da in diesem Augenblicke mehr als jemals alle Welt wissen möchte, wie Oesterreich sich zu der vielbewegten Kriegs- und Friedensfrage verhält, so wollen wir zuvörderst die am Schlusse der Schrift dargestellte äußere Stellung des Reiches unseren Lesern vor Augen halten. Uebrigens ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Verfasser ohne persönliche Beziehung zur Re-

gierung das Resultat seiner eigenen Forschungen veröffentlicht hat, in welchem Falle die Schrift immerhin wegen der Richtigkeit ihrer Anschauungen interessant bleiben dürfte.

Erwähnen wir zuerst der scharfsinnigen Betrachtung über die Sicherheit, mit welcher Oesterreich auf die Unterstützung Frankreichs und Englands gegen jeden Versuch einer weiteren Schwächung der Monarchie von Außen rechnen könne. Nach dem wohlbegründeten Satze „Boraussehen heißt regieren“ ist diese Betrachtung von besonderer Tragweite, wenn sie mit dem maßgebenden Gedanken des Grafen Beust identisch ist.

„Es existirt für Frankreich und England,“ sagt der Verfasser, „ein unumsstößliches Interesse, die österreichisch-ungarische Monarchie nicht schwächer werden zu lassen, als es ihre militärische Macht durch das Unglück der Jahre 1859 und 1866 geworden ist.“

„Oesterreich, in seiner neuen Gestalt durch die Interessen seiner Völker auf den Frieden angewiesen, geeinigt in sich selbst und zur Entwicklung der noch in ihm ruhenden Kräfte wachgerufen, ist zugleich eine Garantie des Friedens wie ein starkes Bollwerk gegen russische Eroberungsgelüste; das mit Amerika befreundete Rußland, dem norddeutschen Bunde innig und eng verbunden, durch sein Vordringen bis zum Amur die überseeischen Besitzungen Großbritanniens, durch seinen Einfluß im Orient den Handel Englands und dessen commercielles und maritimes Uebergewicht im mittelländischen Meere bedrohend, ist bei einer Auflösung der Türkei, deren Rückwirkung auf Oesterreich unberechenbar wäre, der Factor, der für alle Zeiten Preußen das Uebergewicht gegen Frankreich garantiren und an die Stelle der Theorie des europäischen Gleichgewichts die Praxis der preussisch-russischen Herrschaft setzen würde.“

„In demselben Maße, wie sich so die Interessen Englands und Frankreichs vereinigen zur Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei zum Schaffen eines Gegengewichts gegen die russische Superiorität, verbinden sich auch die Interessen der Westmächte, den Einfluß der österreichisch-ungarischen Monarchie zu heben und zu stärken und in ihr eine feste Mauer zu schaffen gegen das Vordringen Rußlands, das die ganze heutige Landkarte in Frage stellen würde.“

„So lange Oesterreich als absolutistisch regierter Staat mit dem Blute seiner Söhne, mit dem Schweiße seiner Völker drei Positionen zu behaupten suchte, deren wirkliche und nachhaltige Beeinflussung selbst für einen mächtigeren, consolidirteren und geeinigteren Staat, wie es die österreichische Monarchie war, eine Unmöglichkeit gewesen wäre; so lange Oesterreich seine Stellung in Deutschland, Italien und dem Oriente zu behaupten versuchte, war das Reich der Habsburger eine den Frieden und das Gleichgewicht Europa's bedrohende Macht, wie die österreichisch-ungarische Monarchie in ihrer heutigen Gestaltung eine Garantie des Friedens geworden ist.“

„Die Frontstellung Oesterreichs nach drei Seiten hat durch die Jahre 1859 und 1866 einen harten Abschluß gefunden. Jener Einfluß, welcher Generationen lang die Kraft der österreichisch-ungarischen Länder den Zwecken der italienischen und deutschen Hauspolitik unterordnete, und wiederum die deutschen und italienischen Länder für österreichische Zwecke auszubeuten suchte, ohne nach irgend einer Seite ein Resultat zu erzielen und ein wirklich starkes Uebergewicht ausüben zu können, ist einer Politik gewichen, die in richtiger Erkenntnis der Lage es versucht und versuchen muß, neben den sich organisirenden deutschen und italienischen Staatskörpern, die, so lange sie keinen zwingenden Einfluß auf die inneren österreichischen Verhältnisse im Auge haben und erlangen, kein Beunruhigungsgrund für Oesterreich sind, einen starken österreichisch-ungarischen Staatsorganismus zu bilden, welcher nur möglich ist durch die Erhaltung des Friedens, aber auch durch die Aufrechterhaltung der Stellung Oesterreichs im Oriente.“

„So ist das Interesse der Westmächte und das Oesterreichs im Orient auf einander angewiesen; so ist jede weitere Schwächung der österreichischen Machtstellung in Europa ein Schritt zur Schwächung des englisch-französischen Einflusses, eine Stärkung der Superiorität Rußlands und Preußens, die in ihren Folgen nothwendig die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie nach sich ziehen müßte. Der erste Grundzug der Politik des Wiener Cabinets der letzten zwei Jahre ist unleugbar die Erhaltung des Friedens, das Fernbleiben von Verwicklungen, welche nothwendig die Existenzbedingung, die Entwicklung, ja die Zukunft der Monarchie gefährden müßten.“

163. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 3. Februar.

(Schluß.)

Zu § 17 ergreift Ritter v. Grocholski das Wort, um darzulegen, warum er und seine Genossen gegen das Gesetz stimmen werden.

Nach dem Grundgesetze über die Einsetzung eines Reichsgerichtes hätten jene, welchen ihre politischen Rechte vorenthalten werden, das Recht der Beschwerdeführung an das Reichsgericht, nach dem Entwurfe hätten sie auch das Recht anzuklagen und soll das Reichsgericht über diese Anklage die Körperschaften, Personen und Aemter, welche angeklagt werden, citiren, Entscheidungen fällen und sie sogar zum Kostenersatz verurtheilen können. Das sei eine Verückung des Standpunktes, den unsere Verfassungsgesetze den autonomen Körperschaften anweisen, und er und seine Gefinnungsgenossen müßten fürchten, daß hiedurch die autonomen Körperschaften ihrer politischen Rechte werden vollständig verlustig gemacht werden. Die Garantie der politischen Rechte der Einzelnen liege aber hauptsächlich in den politischen Rechten der autonomen Körperschaften.

Justizminister Dr. Herbst glaubt, daß die Bemerkung des Abg. v. Grocholski auf einem Mißverständnisse beruhen muß. Der § 17 enthält ja, was die Personen anbelangt, die als Kläger auftreten und die geklagt werden können, nur die wörtliche Wiedergabe des Artikel III des Staatsgrundgesetzes. Neu ist nur, was diese Personen ihren Eingaben beizuschließen haben.

Die Bestimmung des Grundgesetzes ist aber eine nothwendige. Denn wie sollen sonst Ansprüche gegen die Länder u. s. w., die nicht vor Gericht geltend gemacht werden können, zur Geltung gebracht werden? Es bliebe nur der administrative Weg, wenn dieselben nicht vor das Reichsgericht gebracht werden könnten. Der § 17 ist wieder eine nothwendige Ausführung des Staatsgrundgesetzes.

§ 17 wird darauf angenommen (dagegen nur die Polen, die auch gegen die sämtlichen Paragraphen des Entwurfes stimmen.)

Die §§ 18 bis 35 werden ohne Debatte angenommen.

Zu § 36 nimmt das Wort Justizminister Herbst. Der § 36 beantragt, daß bei der Entscheidung von Beschwerden über Verletzung politischer Rechte das Reichsgericht nicht bloß auszusprechen habe, ob und in welchem Umfange die behauptete Verletzung eines politischen Rechtes stattgefunden hat, sondern auch im bejahenden Falle hinzuzufügen habe, ob und in welchem Umfange dieses Recht dem Beschwerdeführer zusteht.

Diese Aenderung scheint nach meiner Auffassung im Widerspruche mit Artikel III des Staatsgrundgesetzes zu sein. Der Artikel III erklärt, daß dem Reichsgerichte die endgiltige Entscheidung zustehe über Beschwerden der Staatsbürger wegen Verletzung der ihnen durch die Verfassung gewährleisteten politischen Rechte. Ein endgiltiger Anspruch darüber, ob ein bestimmtes Recht und in welchem Umfange ihnen dasselbe wirklich zusteht, steht darnach dem Reichsgerichte nicht zu. Der § 36 geht also über das Staatsgrundgesetz hinaus.

Er beantrage daher, daß der vom Ausschusse gemachte Zusatz weggelassen werde.

Abg. Dr. Sturm und der Berichterstatter sprechen für die Fassung des Ausschusses.

Bei der Abstimmung wird der vom Ausschusse beantragte Zusatz abgelehnt, die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden angenommen, und über Antrag des Berichterstatters passiert das Gesetz gleichzeitig die dritte Lesung.

Hierauf wird die Sitzung um halb 2 Uhr geschlossen, nächste Sitzung Samstag den 6. Februar.

Tagesordnung: Erste Lesung des vom Herrenhause beschlossenen Gesetzes, betreffend die Haftungs-pflicht der Eisenbahnunternehmungen. Zweite Lesung der Regierungsvorlage, betreffend die Executionsfähigkeit der von Vertrauensmännern aus der Gemeinde abgeschlossenen Vergleiche. Berichte des Petitionsausschusses.

Parlamentarisches.

Wien, 3. Februar.

(Der Budgetauschuß) des Abgeordnetenhauses erledigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Capitel des Staatsvoranschlages pro 1869: Ministerrath, Staatsgüter, Fiscalitäten und Heimfälligkeiten, Stempel

und Taxen, endlich Alerialfabriken. Bei der Berathung des Voranschlags für den Reichsrath wurde vom Abgeordneten Stene bemerkt, daß es wünschenswerth wäre, wenn die Diäten nicht durch das Ministerium des Innern, sondern durch das Bureau des Abgeordnetenhauses ausbezahlt würden. Hierüber entspann sich eine Debatte, an der sich der Minister des Innern, der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. v. Kaiserfeld und die Abgeordneten Schindler und Stene betheiligten. Zu einer Beschlusfassung kam es nicht. Als außerordentliches Erforderniß für die Vorarbeiten zur Erbauung eines Parlamentshauses wurden 50.000 fl. in den Voranschlag eingestellt.

(Advocatur = Ausschuss.) Die gestern stattgehabte Sitzung des Advocatur-Ausschusses eröffnete der Vorsitzende von Mende mit der Mittheilung, daß ihm von Seite des Justizministers die Mittheilung zukommen sei, daß derselbe, da er von seinen im Ausschusse entwickelten Prinzipien bezüglich des Gesetzes über die Disziplinarbehandlung von Advocaten und Advocaturscandidaten nicht abgehen könne, der Ausschuss aber in seiner Majorität diesen Prinzipien dormalen nicht zustimme, den Sitzungen des Ausschusses nur in jenen Fällen beizuwohnen werde, wo seine Gegenwart vom Ausschusse gewünscht werden sollte.

Hierauf wird zur Spezial-Behandlung der im allgemeinen bereits behandelten Grundsätze hinsichtlich der oben genannten Gesetzesvorlage übergegangen. Ein zum Schlusse der Sitzung gestellter Antrag des Abg. Dr. Hanisch: „Der Ausschuss möge beschließen, durch den Obmann dem Justizminister mittheilen zu wollen, daß in seiner Anwesenheit nur die Generaldebatte über die vier Grundgesetze abgeführt wurde, daß nunmehr die Spezialdebatte über den ersten Punkt im Zuge sei, und daß er deshalb eingeladen werde, der nächsten Sitzung beizuwohnen“, wurde vom Ausschusse abgelehnt.

Eine preussische Verwarnung an Frankreich.

Die Berliner „National-Zeitung“ ertheilt heute Frankreich wegen der hannoverschen Legion die erste Verwarnung. Sie schreibt:

„Wir müssen gestehen, daß wir keine Ursache haben, von dem Verhalten des Kaisers Napoleon bei dieser Gelegenheit sonderlich erbaut zu sein. Er selbst hat sich manchmal empfindlich gezeigt, und von seinen Nachbarn sehr zarte Rücksichten für seine Person verlangt. Er hat vor Jahren öfters die belgische Regierung wegen der dortigen Presse und wegen des Verhaltens der Flüchtlinge im Lande beehelligt. Zur selben Zeit hat er sich über mehrere hiesige Zeitungen beschwert, desgleichen in England und Italien ähnliche Klagen geführt und in England sogar einmal Anlaß zu einem Ministerwechsel gegeben, indem das Parlament sich gegen die Willkür Palmerston's erklärte. Bei dieser Reizbarkeit ist es um so auffälliger, daß es erst preussische Vorstellungen bei ihm bedurfte, ehe er gegen die welfischen Truppen, die sich in seinem Lande zu sammeln versuchten, einschritt, und darin that er schließlich doch weniger, als man hätte erwarten dürfen. Von einer Ausübung der Gastfreundschaft kann hier eigentlich gar keine Rede sein, denn eine solche kann nur Flüchtlingen und Verfolgten gegenüber ausgeübt werden; die welfischen Soldaten waren aber keine Verfolgten, sondern hatten sich muthwillig nach Frankreich begeben, um eine preussisch-feindliche Schaar zu bilden. Sie hätten demgemäß so gleich ausgewiesen oder vollständig zerstreut werden sollen, wofür die französische Regierung die gehörigen Rücksichten gegen Preußen beobachten wollte, und ihrerseits würde sie es gewiß sehr übelnehmen, wenn in Belgien, in Deutschland oder in der Schweiz eine Legion mit entschieden ausgesprochener Feindschaft gegen den Kaiser sich zusammenrotten wollte. Indessen der Kaiser hat sich darauf beschränkt, die welfische Legion, die bis auf 1400 Köpfe angewachsen ist, in verschiedene Städte zu vertheilen. In diesen Städten liegen sie nach Regimentern, d. h. nach vormaligen hannoverschen Regimentern, gleichsam in Garnison. Sie dürfen keine Waffen tragen, werden aber auf bestimmten Plätzen außerhalb der Städte regelmäßig eingeübt. Es dürfen keine Officiere bei ihnen sein, die sich vielmehr in Paris aufhalten und nur ab und zu einen Besuch in den Garnisonen abstatten; es dürfen aber Corporale an der Spitze der einzelnen Haufen stehen. Dabei werden Anmelde Listen in französischer Sprache geführt, was doch nur den Sinn haben kann, daß die darin enthaltenen Personen dadurch der Duldung der französischen Behörden empfohlen werden, um von ihnen gewissermaßen die Anerkennung der welfischen Legionäre zu erhalten. So lange die Leute in den Listen stehen, wird ihnen der Aufenthalt in Frankreich und in der betreffenden Stadt erlaubt. Wird einer, weil er den Officiern oder Corporalen unzuverlässig erscheint, aus der Liste gestrichen, so daß er keine Besoldung mehr empfängt, und kann er nicht sofort eine lohnende Arbeit nachweisen, so schicken ihn die französischen Behörden über die Grenze. Zwischen diesen Behörden und den Häuptern der Legion findet sonach ein förmliches und geregeltes Einvernehmen statt. Die Kosten belaufen sich für den König Georg, da jeder Gemeine monatlich 18 Thaler, jeder Corporal 40 Thaler erhält, auf 300.000

Thaler im Jahre. Für unbedeutend kann man diese Veranstellung daher wahrlich nicht ausgeben, so wenig in der Absicht wie in der Ausführung. Was aber den Kaiser Napoleon anlangt, so wollen wir uns seine Handlungsweise merken; es kommt vielleicht einmal die Zeit, um diese ihm in Erinnerung zu bringen.“

Das spanische Triumvirat.

In einem Artikel mit der Ueberschrift „Ein Triumvirat in Spanien“ bemerkt die „France“, daß die spanische Revolution, die von vorn herein mit Blitzesschnelle ihre Ziele erreichen zu können schien, jetzt Gefahr laufe, Jagd auf Nebelbilder zu machen und sich in endlosen Complicationen zu ersticken. Allerdings habe die provisorische Regierung in Spanien mit sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die in Anschlag gebracht werden müßten; es sei aber nichtsdestoweniger wahr, daß die Situation ihrer definitiven Lösung ferner als je zuvor stehe und man ihr jetzt am Vorabend der Zusammenkunft der Cortes mit einer transitorischen Combination, mit der Bildung nämlich eines Triumvirats, das aus den Generalen Prim und Serrano und Herrn Rivero bestehen würde, aus dem Wege gehen wolle. Man habe es als einen Vorzug dieser Combination bezeichnet, daß sie einen Mittelweg biete zwischen den republikanischen und monarchischen Wünschen und Aspirationen der verschiedenen Parteien und sie in gemeinsamer Zustimmung einigte, weil sie eben jeder Partei das streitige Gebiet noch für die Zukunft offen lasse. Aber eben hierin lägen schwere Uebelstände und Gefahren; man wolle Zeit gewinnen und werde nur Zeit verlieren und die ohnedies wirre Situation nur noch mehr verwirren. Die Bildung des Triumvirats wäre nur eine erste Umgestaltung des Provisoriums, der bald andere nachfolgen müßten. Die Parteien würden nach wie vor einander feindlich gegenüberstehen und die ephemere Autorität des Triumvirats bald nur ein ohnmächtiges Spielzeug ihrer Gegensätze sein.

Zum griechisch-türkischen Conflict.

Verwirrung in Athen. — Finanzielles. — Rüstungen der Türkei. — Ministerkrisis.

Nach den Nachrichten, welche die „Patrie“ aus Athen hat, herrscht dort große Verwirrung. Die Vertreter der Mächte drängten die griechische Regierung wiederholt zur Annahme der Conferenzbeschlüsse. Ein Ministerrath folgte dem anderen, ohne daß eine bestimmte Entscheidung getroffen wurde. Dennoch glaubt man, daß die schließliche Zustimmung zu den Conferenzbeschlüssen das Ende der Krisis bilden werde. Aber desto beunruhigter ist man wegen der Heftigkeit und Verblendung der Leidenschaften, welche um den König Georg ihr Wesen treiben. Die angekündigte Ministerveränderung steht noch immer bevor, aber die politischen Schwerpunkte sind jetzt dermaßen verschoben, daß man sich fragen muß, ob ein Personenwechsel noch diejenige Tragweite haben werde, die man sonst von ihm erwarten könnte.

Die „Patrie“ meldet ferner nach einem Bericht des griechischen Finanzministers, daß dessen Operationen am 18. Jänner auf folgenden Punkt angelangt waren: Ein inneres Anlehen von 21 Millionen Drachmen war mit der athenischen Nationalbank und der jonischen Bank in Korfu abgeschlossen worden; die Subscriptionen der griechischen Gemeinden im Auslande beliefen sich auf 15 Millionen, die Zeichnungen im Inlande auf 20 Millionen Drachmen, so daß die griechische Regierung im ganzen über 56 Millionen Drachmen disponiren konnte. Die „Patrie“ hält diese Ziffern für sehr übertrieben.

Man schreibt demselben Blatte unterm 26. Jänner aus Constantinopel, daß das erste türkische Armeecorps links vom Golfe von Volo in kurzer Entfernung von der Ebene von Pharsala aufgestellt sei. Dieses Corps, 24.000 Mann stark, besteht aus lauter Elitetruppen, besitzt eine sehr gute Artillerie und zahlreiche Kriegsvorräthe. Da diese Truppen sehr leicht beweglich sind, so könnten sie im Falle eines Ausbruches des Krieges sofort Zeiton besetzen und dann in gerader Linie auf Athen vorrücken, welches man in drei bis vier Tagen erreichen könnte.

Die „France“ hatte von Bedingungen gesprochen, die erfüllt werden müßten, ehe selbst im Falle einer Zustimmung Griechenlands zu der Declaration die diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland wieder aufgenommen werden könnten. Der „Public“ dementirt diese Aufgabe und erklärt die Wiederaufnahme dieser Beziehungen für selbstverständlich, meint aber, daß man noch über die Reclamationen zu beschließen haben werde, welche Griechenland erheben zu wollen scheint wegen der Maßregeln, welche die Türkei nach Erlaß ihres Ultimatus gegen die griechischen Unterthanen getroffen hat.

In der „France“ vom 1. d. M. finden sich neben bereits bekannten Nachrichten über die Vorgänge im Orient noch folgende Angaben. Die Nachricht, daß fremde Seelente in Piräus zum Schutz der in Athen befindlichen fremden Gesandten ausgeschifft worden seien, entbehrt jedes Grundes. Die Meldung von einer Ministerkrisis in Athen ist noch durch keinen factischen Vorgang bestätigt.

Entgegengesetzter Ansicht ist der „Constitutionnel.“ Seinen Nachrichten zufolge besteht allerdings eine Ministerkrisis in Athen. „Diese Krisis erklärt sich hinlänglich aus den Beziehungen der Mitglieder des Cabinetes zu den zwei Parteien, welche sich den Einfluß im Lande streitig machen und von denen die eine nur den Eingebungen des nationalen Fanatismus Gehör schenkt, während die andere die Zukunft Griechenlands von einer Politik abhängig macht, welche die allgemeine Lage der europäischen Politik nicht außer Rechnung und außer Berücksichtigung läßt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Vertreter dieser letzteren Partei über die Volksleidenschaften, so wie über die Hindernisse, die sie vielleicht im Rathe der Krone selbst angetroffen haben, triumphiren werden.“

Oesterreich.

Wien, 4. Februar. (Eisenbahnunfall.) Die „Oesterr. Corr.“ schreibt: Nach telegraphischer Nachricht ist auf der österreichischen Staatsbahn der Zug 1 zwischen Nuwal und Beshowitz auf dem rechten Geleise gestern entgleist, der erste Personenwagen riß sich vom Hüttelwagen los und blieb auf der Bahnkante stehen, die drei letzten Personenwagen stürzten über den drei Klaster hohen Bahndamm und legten sich zur Seite. Maschine „Hirschberg“ nebst Hüttelwagen bewegten sich nach der Katastrophe noch 25 Klaster weiter und blieben entgleist am Bahndamm stehen. Sieben Passagiere sind leicht, Conductor Tamchin schwer verwundet. Alle Reisenden wurden mit Hilfszug um 1 Uhr früh nach Prag gebracht, wo sie ärztliche Hilfe erwarteten. Die Ursache der Entgleisung ist noch nicht constatirt. Das Gerücht wurde verständig und wenn es gleich amtirt, so wird das Geleise noch heute fahrbar werden.

Pest, 4. Februar. (Im ungarischen Academiegebäude) ist ein Brand ausgebrochen, der um Mitternacht bereits im Abnehmen begriffen war. Die Bildergalerie wurde gerettet und sind die Bilder in Sicherheit gebracht. Das Feuer ist im Academiezinsbause ausgebrochen. Die Vörschankstalten haben sich als ungenügend bewährt.

Ausland.

Berlin, 4. Februar. (Attentat auf Bismarck.) Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die preussische Regierung wurde von der bestehenden Absicht eines Attentats auf Bismarck durch eine befreundete Regierung in Kenntniß gesetzt. Mit der Ausführung des Attentats soll ein hannoverscher Student betraut sein.

Florenz, 4. Februar. (Die Kirchengüter. — Rückberufung der Truppen aus der Romagna. — Advocatencongreß. — Manifest des Generals Cadorna. — Besuch Isabella's in Rom.) Einige Loose von Kirchengütern in Bobbio wurden um nicht weniger als 100 Procent über dem Schätzungspreis verkauft. — Aus der ganzen Romagna wurden sämtliche Infanterie- und Cavalleriedetachements zurückgezogen, welche dort aus Gründen der öffentlichen Sicherheit in einigen Centralpunkten waren. — Die Udinese Advocaten haben eine Versammlung gehalten und über eine Petition zur Vereinfachung der Gesetzgebung berathen, worin ihnen die Advocaten anderer venetianischen Orte bereits vorangegangen waren. Auch die Advocaten von Verona schlossen sich dieser Liga an. — Der General Cadorna hat unterm 31. Jänner ein Abschiedsproclam an die Bewohner der Provinzen Bologna, Parma und Emilia erlassen. Er constatirt die Wiederherstellung der Ruhe ohne Beeinträchtigung der constitutionellen Freiheiten, belobt die Selbstverleugnung und Geduld der Truppen, dankt den Civilbehörden für ihre Unterstützungen. Er schließt, indem er sagt, die Energie und Klugheit der Befehlshaber der zurückbleibenden Truppen werden eine Bürgschaft für alle loyalen Bürger sein, daß die Herrschaft der Geseze gegen jeden Unruhestifter unverfehrt erhalten werden wird. — Die Königin von Spanien hat dem neapolitanischen Königspaar in Rom wissen lassen, daß sie dasselbe in der ersten Hälfte des I. J. zu besuchen gedenke.

Rom. (Die Dataria und Spanien. — Neues Auftauchen der Briganten. — Ein Colonisationsvorschlag für den Kirchenstaat.) Zwischen der päpstlichen und der spanischen Regierung besteht ein ganz natürliches gegenseitiges Mißtrauen. Dennoch will man von Seite des Vatican die Beziehungen nicht abbrechen und sich des Einflusses auf die bevorstehenden wichtigen Wahlen nicht begeben. Die größten Feinde der neuen Veränderungen sind die Beamten der Dataria (päpstliche Kanzlei für Gnadenfachen, Dispensen u. dgl.). Zur Zeit der Königin Isabella wurden ungefähr 100 Bullen monatlich nach Spanien expedirt, jetzt kaum 30. Mehrere Beamten, welche ihre diesfälligen reichlichen Provisionen verloren, haben eine Bittschrift an den Papst eingereicht, worin sie um eine außerordentliche Beihilfe bis zur Wiedereinsetzung der Bourbonen bitten. — Die Briganten, welche aus dem päpstlichen Territorium ganz verschwunden zu sein schienen, haben sich wieder in der Provinz Civitavecchia gezeigt und eine zahlreiche Bande bedroht Peschia und insbe-

sondere die Besitzungen des Fürsten Piombino. Die Regierung hat Truppen gegen dieselbe abgeschickt, man hört aber noch nichts von Erfolgen derselben. — Der Abate Leone M., ein Spatzvogel, hat eine in Mailand gedruckte Broschüre an den Papst und an einige römische Patriarchen durch die Post versendet, worin er in Form einer Petition folgende Vorschläge zur Cultivierung der päpstlichen Staaten macht. Die Campagnen sollen an die Truppen vertheilt werden. Diese würden sie, ungefähr wie die österreichischen Grenzer, im Frieden bebauen und im Kriege verteidigen, und in beiden Fällen würden sie unter den Cardinälen stehen. Die Zuaven würden den *ager romanus* (die römische Campagna), die Legionäre von Antioch die Provinz Viterbo und die Marine das Territorium von Civitavecchia und Corneto erhalten. Die italienische Sprache würde der französischen und lateinischen weichen müssen und die ewige Stadt würde ihren durch Jahrhunderte geheiligten Namen mit dem neuen: Papilia, vertauschen. Der römische Correspondent des neapolitanischen „Pungolo“, der diese pikante Anekdote mittheilt, fügt hinzu: Ich möchte Ihnen nicht dafür bürgen, daß der Scherz nicht schon zum Ernst geworden sein könnte.

Athen, 4. Februar. (Das Cabinet Bulgars) hat thatsächlich seine Entlassung genommen. Der König ist entschlossen, die Declaration anzunehmen. Es kam zu Volksaufläufen, welche die Umstimmung des Königs und die Wiedereinsetzung des Ministeriums Bulgars bezweckten.

Tagesneuigkeiten.

— (Allerböchste Spenden.) Se. Majestät der Kaiser und Königin haben der Gemeinde Lefkopol im Severiner Bezirke (Croatien) zur Anschaffung von Kirchparamenten 150 fl. allergnädigst zu spenden geruht. — Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben dem „Bereine der ewigen Anbetung“ zur Ausstattung armer Kinder 100 fl. allergnädigst zu spenden geruht.

— (Militärisches.) Aus Wien wird einem Provinzblatte unterm 31. Jänner geschrieben: Das Reichskriegsministerium verordnet, daß in Folge der Aufhebung der Kettenstraße im Heere das Kurzschließen im Disciplinarwege nicht gestattet ist und ein Soldat nur dann langgeschossen werden dürfe, wenn derselbe als Gefangener excessiv sich geberdete oder einen Fluchtversuch machte. — Die Stodhäuser erhielten die Benennung Militärgefängnisse.

— (Suezcanal.) Herr Ministerialrath Dr. von Scherzer ist in Egypten allseitig mit der größten Zuverlässigkeit aufgenommen worden. Was insbesondere Herrn v. Lesseps betrifft, so stellte derselbe dem österreichischen Reisenden sofort einen Ingenieur zur Verfügung, indem er sich vorbehielt, Herrn Dr. v. Scherzer auf der Canalfahrt selbst zu geleiten. Herr Ingenieur Gentili, der Herrn v. Scherzer

begleitete, bringt dessen Bericht und sein eigenes technisches Referat über den Stand der Canalarbeiten nach Wien.

— (Ein Opfer des Faschings.) In Wien erlebte sich Samstag ein Kadetseleweibel des 72. Inf.-Regiments. Derselbe wurde noch einige Minuten vorher rauchend und ganz heiter in der Caserne gesehen und hatte die Nacht vorher auf dem Balle in den Blumenfälen zugebracht. Als Motiv des Selbstmordes wird die Veruntreuung von 200 fl. Menage-Geld angegeben. Der Selbstmörder, ein sehr begabter, aber ebenso leichtsinniger junger Mann, ist der Sohn begüterter Eltern aus Ungarn. Derselbe war bereits dreimal degradirt und hatte sich schon früher eine Unterschlagung von 400 fl. zu Schulden kommen lassen.

— (Erdbeben.) Aus Temesvar wird unterm 1. d. gemeldet: In der Nacht vom 30. auf den 31. Jänner, zwischen 12 und 1 Uhr wurden viele Bewohner unserer Stadt durch eine Erderschütterung aus dem Schlafe geweckt. Die Erderschütterung war eine ziemlich bedeutende und äußerte sich in drei kurz aufeinander folgenden Stößen, welche mit einem dem fernen Rollen des Donners ähnlichen unterirdischen Getöse verbunden waren. Die Erderschütterung hielt beiläufig 10–12 Sekunden an und ist in der Vorstadt Josefstadt am meisten verspürt worden.

— (Ungarische Räuberchronik.) Man schreibt aus Klein-Szent-Miklos unter dem 1. d. M.: Vorgestern Nacht wurde der hiesige Kaufmann Ausländer in seinem Hause von drei Strohlernen räuberisch überfallen, und ohne daß er sich geweigert hätte, ihnen sein Geld auszuliefern, schonungslos niedergeschossen. In demselben Augenblicke glich ein Militärurlauber vor dem Hause vorüber. Er hatte den Knall gehört und war, um nach der Ursache desselben zu forschen, zum Fenster getreten. Seine Neugierde sollte er indeß schwer büßen, da er von den Kugeln der Räuber sofort niedergestreckt wurde. Den Thätern ist man noch nicht auf der Spur.

— (Kindesraub.) Berlin war am Montag allarmirt durch einen Vorgang, der durch die bekannten rothen Polizei-Bekanntmachungen an den Visschäulen zur Kenntniß des Publicums gelangte. Das lesende Publicum belagerte noch zu später Abendstunde diese Säulen. Es heißt in der Anklage, daß die neunjährige Tochter des Centemalers Herrn Sonnenschein Mittags beim Verlassen der Schule dem daselbst begleitenden Dienstmädchen in der Artilleriestraße von einem Droschkentritzer gewaltsam entrißen und von diesem einer in seiner Droschke harrenden tiefverschleierten Dame übergeben wurde, worauf er in aller Eile davonfuhr. Das Publicum erschöpft sich in vielen Muthmaßungen über die räthselhafte That, für die es keinen Anhaltspunkt findet.

— (Spät, aber doch!) In Königsberg (Preußen) war seit einigen Jahren ein Kaufmann Alexandrowitsch aus Rußland wohnhaft. In den jüngsten Tagen ist derselbe auf Requisition der russischen Behörden plötzlich verhaftet worden und soll demnächst an dieselben ausgeliefert

werden. Wie es heißt, ist derselbe in Rußland wegen Raub zu lebenslänglicher Deportation nach Sibirien verurtheilt.

— (Die Bibliothek Timurs.) Der Bibliothekar des Indias-House hat einen werthvollen Fund gethan, und zwar in einem bisher unbeachteten Kasten die Bibliothek Timurs, welche dieser während seiner Eroberungszüge sammelte. Unter anderen Schätzen befinden sich in ihr äußerst werthvolle Documente bezüglich der Biographie Mohammeds. Es ist noch nicht bekannt, ob dieser Kasten bei der ersten oder bei der zweiten Einnahme von Delhi erbeutet wurde, wofür er wohl von den Erben des großen Tatars mit religiöser Verehrung aufbewahrt wurde. So berichtet der „Spectator“, allerdings ein ernsthaftes Blatt; Beseuung achtet es gut sein, die Bestätigung dieser merkwürdigen Nachricht abzuwarten.

— (Italienische Armee.) Einem amtlichen Ausweise in der „Stafia Militare“ zufolge betrug der Stand der gesammten italienischen Armee am 31. December 1868 im ganzen 11.359 Officiere aller Grade und 159.531 Mann vom Unterofficier abwärts; wie umfassend die Reducirung der italienischen Armee im vorigen Jahre stattgefunden habe, geht im Vergleich mit dem Stande vom 1. Jänner 1868 hervor, der 11.668 Officiere aller Grade und 227.259 Mann vom Unterofficier abwärts betrug.

— (Wasserstoff — ein Metall.) Der berühmte Londoner Chemiker Graham soll eine interessante und wichtige Entdeckung gemacht haben. Der Sitzungsbericht der französischen Academie der Wissenschaften vom 18. Jänner bringt eine Mittheilung des Herrn Dumas, welche den wesentlichen Inhalt eines von Graham übersendeten Briefes in Betreff der Beziehungen des Wasserstoffes zu Palladium wiedergibt. Es geht aus Graham's Entdeckung hervor, daß der Wasserstoff, der weit verbreiteten Meinung gemäß, in der That ein Metall ist. Dieser Körper, den wir nur in luftförmig flüssiger Gestalt kennen, hat alle Eigenschaften eines Metalls, und es ist Herrn Graham gelungen, ihn mit Palladium zu einer wirklichen Legirung zu vereinigen. Ein in einer zur Zersetzung des Wassers bestimmten Säule als Electrode angewandeter Palladiumdraht nimmt eine ungeheure Menge Wasserstoff auf, 980mal sein eigenes Volumen, und verlängert sich ganz merklich. Ein Draht von 489 Millimeter wächst zu 497 Millimeter an. Vertreibt man den Wasserstoff durch Erhitzung des Drahtes, so verkürzt sich letzterer fast um die vorher gewonnene Ausdehnung und sein Durchmesser nimmt zu. Der moleculare Zustand des Palladiums ist durchaus verändert und es hat sich eine wahre Legirung gebildet, die keines der Kennzeichen gewöhnlicher Legirungen vermissen läßt. Graham hat gefunden, daß der Wasserstoff fast in demselben Grade magnetisch ist, wie Eisen, Nickel, Kobalt. Da Wasser aus Wasserstoff und Sauerstoff besteht, so folgt daraus, daß wir jeden Tag eine metallische Sauerstoffverbindung, das Oxyd des Hydrogeniums, trinken. Denn der Wasserstoff (hydrogene) kann man in der That hinfort mit dem Namen eines Metalls, mit dem Namen Hydrogenium, bezeichnen. Herr Wurz erinnert daran, daß man schon vor zwanzig Jahren Palladium-Hydrur, oder eine Verbindung zweier Metalle, hergestellt habe; aber die Legirung bot sich unter

Feuilleton.

Samstags-Plauderei.

(Wetter und Balltemperatur. — Scheine Ofenheizereinflüsse. — Turnerball. — Cotillonspenden und Benefizremisungen. — Mehr Licht für die Gallerie! — Erwartungen vom Handelsball. — Donna è mobile. — Casinoporträge.)

Es thaut, man wird warm, dieses Wetterprogramm war zugleich jenes der Ballwoche. Der Turnerball hat das Eis gebrochen und die Temperatur des Casinosaals rasch auf ihre normale Höhe gebracht. Diesmal hatte man nicht nöthig zu tanzen bloß um warm zu werden, wie neulich eine Ballbesucherin von, ich weiß nicht wie viel Fenzgen, eigentlich Wintern sich ausdrückte; es war dies, als wir noch zwölf Grad unter Null hatten, und wir lernten daraus zum ersten male den tiefen Zusammenhang kennen, welchen die Pflichtvernachlässigung eines Ofenheizers mit der Annehmlichkeit eines Ballabends haben kann. Also der Turnerball, den unsere geachteten Referenten gewiß noch nicht vergessen haben, war glänzend, der prächtige, gewiß kaum in einer Provinzialstadt seines Gleichen habende Casinosaal hatte einen neuen Schmuck in den Turnemblemen an der Galleriewand; und die turnerischen Leistungen rechtfertigten unsere auf mehrjährige Erfahrung gestützte Voraussetzung von der Gewandtheit in der ritterlichsten Leibesübung der Neuzeit, dem edlen Tanzvergnügen. Wir wollen uns daher die angenehme Erinnerung durch keinen Ziffernvergleich trüben lassen, wir wollen vielmehr die Abnahme von 130 Paaren des Vorjahrs auf 80 der jetzigen Saison in ganz natürlichen Ursachen suchen, als da sind Ueberfülle von Bällen, luxuriöse Toiletten, welche wie Rosenknospen nur eine Nacht blühen und deren Erneuerung ein Heidengeld kostet, die „wilde“ Concurrenz von Privatbällen vornehmer Kreise u. s. w. Was dem Turnerballe an Fülle vielleicht noch abging, ersetzte er durch Intensität des Inhaltes, durch Hofdienst auf früheren Casinosbällen noch nicht abgemüdeten Tänzer. Sollen wir etwas vom Lobe der Schönheit der Damen sagen oder von hervorragenden reizenden Erscheinungen sprechen? Nein, wir wollen die Schatten unseres letzten Balltraumes nicht heraufbeschwören, wir wollen nicht von jenen sprechen, die nicht da waren, denen wir aber vielleicht schon

heute in der reizendsten Wirklichkeit begegnen werden. Wir wollen auch nicht in Toiletten uns vertiefen, obwohl dies, nach dem glücklichen Vorgang unseres Collegen vom „Tagblatt“, keine undankbare Beschäftigung sein mag. Wenn das Kleid den „Mann“ macht, so soll es auch bisweilen die „Ballkönigin“ machen. Aber das dürfen wir nicht übersehen, daß die Kunst diesmal zu unserer Befriedigung auch in der fröhlichen Gesellschaft vertreten war, in der Gestalt zweier ihrer begabtesten Jüngerinnen, der Fräul. Konradin und Pichon. Und der Cotillon, welchen Ihr ergebener Diener in seiner Sehnsucht nach dem Souper unbarmherzig lang fand, überschüttete unsere Primadonna mit einem Regen von Bouquets, als wäre es Benefizabend. Einen glänzenden Anblick gewährte manche ganz mit Ordenssternen bedeckte Brust — wir sprechen natürlich von Cotillonorden, denn abgesehen von diesen, war der Ball ein ganz demokratischer — und wenn diese Auszeichnungen auch, wie viele außer dem Ballsaal, weiblicher Gunst und Protection ihre Entstehung verdanken, so waren sie doch hier ein ganz untrüglicher Gradmesser vorzüglicher Tanzqualifikation. Wenn wir nach Art und Weise ewig nergelnder Journalisten einen Schatten in dem glänzenden Gemälde des letzten Samstags herausfinden wollten, so wäre es ein wirklicher Schatten, nemlich der Mangel an Licht auf der Gallerie. Der Feuilletonist darf seine Verbindungen mit der nicht tanzenden, dafür aber scharf beobachtenden, je nach dem Alter den Vor- oder den Nachgeschmack des Ballvergnügens genießenden Welt nicht vernachlässigen, und jetzt, da heute Abend wieder die Gallerie zum Handlungsballe in fürsorglicher Weise schon um 6 Uhr sich öffnet, ist er um so mehr verpflichtet, zur Verhütung eines Gallerie-Königsgräts sich zum Organ des Schmerzensschreies zu machen, welcher auf dem Turnerballe den in voller Dunkelheit die enge Treppe sich hinaufbewegenden Damen, ausgepreßt wurde. Also Licht, mehr Licht auch für Gallerie besuchende Damen, meine Herren vom Ballcomité. Die Erwartungen vom Handlungsballe sind ja nicht gering. Manche neue reizende Erscheinung erwartet der von der bisherigen Fülle fast schon abgestumpfte Feuilletonist zu sehen, um so mehr, als es ja die Handelswelt ist, welche unsere vaterländischen Dichter seit Hilscher zumeist begeisterte. Zwar fangen auch unsere heutigen jungen Männer leicht Feuer, aber es ist oft auch nur Strohfeuer und die Folgen eines Körbchens sind nicht mehr so gefährlich, wenigstens

hört man nicht, daß irgend ein zurückgewiesener Berchrer aus Verzweiflung — Verse gemacht hätte. „Donna è mobile“ ist ja eine sehr populäre Melodie, wenn sie auch nicht hinreichte, das Theater zum Benefice des Herrn Decarli zu füllen, welchem braven Sänger wir ein volleres Haus bei der Donnerstags-Aufführung des „Rigoletto“ gewünscht hätten. Vielleicht hätte eine andere Oper, wie „Robert“, „Faust“, „Norma“ ein besseres gemacht, obwohl wir für unsere Person die Verdi'sche Musik mit ihrem leichten, sich so angenehm einschmeichelnden volksthümlichen Rhythmus sehr gerne gehört haben und — zum Entsetzen unserer Classifier — selbst die „Traviata“ gerne wieder auf dem Repertoire sehen würden. Auch zerbrechen wir uns seit dem letzten male, als wir Fräul. Pichon hörten, vergebens den Kopf, um den Grund herauszufinden, daß wir Fräul. Pichon nicht mehr hören, sondern nur in dem Incognitodunkel einer Proszeniumsloge zuhören sehen, wenn Fräul. Pichon rollen läßt, wobei wir nur manchmal bedauern, daß unser Ohr uns bisweilen diese durchsichtigen Perlen verschimmeln läßt. Wir hoffen unsere Primadonna bald wieder mobil zu sehen und ihr wieder in einer jener Gestalten voll dramatischen Feuers und Lebens zu begegnen, welche sie wie z. B. die „Norma“, unvergeßlich hinzuzaubern versteht. Ohnehin wird der nahe Carnevalsclouß bald die Theilnahme für das Theater in der alten Kraft erwachen lassen und damit auch dem Künstlerstolz den befriedigenden Anblick voller Häuser wieder schaffen. Wir hören auch von der Wiederaufnahme der Casinoporträge, welche jedoch durch die dafür bestimmte Stunde dem Theater wohl keine Concurrenz machen werden. Wir wissen noch nicht genau den Gegenstand, der zu erwartenden Porträge. Einen sehr pikanten nannte man uns: „Ueber Tartufserie.“ Welch unabsehbare Feld von Tartufe Augustus Octavianus bis auf den Kaiser Camoignon, oder nach neuerer Untersuchung den Bischof von Autun, Abbe Roquette, welchen Moliere in seinem „Tartufe“ nach dem Leben copirte! Wir kennen kaum einen dankbaren Stoff für eine geistreiche Causerie, und können nur noch den Wunsch aussprechen, die Vortragenden möchten sich, nach dem Vorgange in anderen Städten, entschließen, ihre Porträge vollständig zu veröffentlichen, womit sich auch leicht ein humaner Zweck vereinigen ließe. Dieß hieße so recht „miscere utile dulci.“

